

## Straßenlaterne wird 125

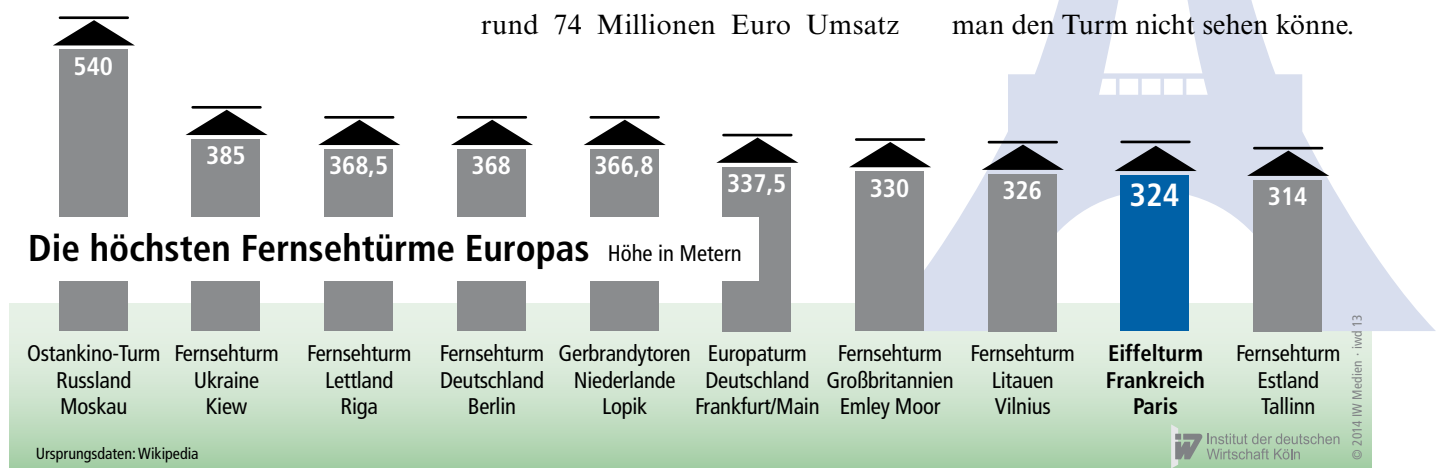
Was mussten sich Gustave Eiffel, Maurice Koechlin und Émile Nouguier nicht alles anhören, als sie anlässlich der Weltausstellung 1889 in nur 25 Monaten den Eiffelturm mitten in Paris bauten: Der Turm sei „unvollkommen, konfus und unförmig“, eine „wirklich tragische Straßenlaterne“, ein „Skelett von einem Glockenturm“. Nur einen Monat nach Beginn der Bauarbeiten, im Februar 1887, veröffentlichte *Le Temps* einen Protestbrief, der den Eiffelturm beschrieb als einen „gigantischen schwarzen Fabrikschlot, der mit seiner rohen Masse all unse-

re Monumente erdrückt und demütigt, unsere Architektur kleinmacht“. Unterschrieben hatten mehr als 300 Künstler, darunter die beiden Schriftsteller Alexandre Dumas der Jüngere und Guy de Maupassant.

Ursprünglich sollte der Eiffelturm in Paris nur 20 Jahre stehen bleiben. Ende dieses Monats feiert die „Dame aus Eisen“ nun bereits ihr 125-jähriges Jubiläum. Schon lange gilt die einstige „Schande von Paris“ als lukratives Wahrzeichen, das Jahr für Jahr zwischen sechs und sieben Millionen Besucher anzieht. Aufgrund der stetig fließenden Eintrittsgelder gehört der Eiffelturm mit jährlich rund 74 Millionen Euro Umsatz

sogar zu den wenigen französischen Sehenswürdigkeiten, die ganz ohne staatliche Zuschüsse auskommen.

Seit 1964 steht der 324 Meter hohe Eisenturm unter Denkmalschutz, gleichwohl zählt er nicht als Gebäude, sondern ist offiziell ein Fernsehturm. Natürlich kann man dort auch speisen: Auf der ersten Etage ist das „58 Tour Eiffel“ untergebracht, eine Etage darüber residiert das Sternelokal „Jules Verne“. Übrigens zog sich schon Kritiker Guy de Maupassant regelmäßig zum Essen auf *La Tour Eiffel* zurück – mit dem Argument, dass dies schließlich der einzige Ort in Paris sei, wo man den Turm nicht sehen könne.



### Inhalt

**Bundesligastädte.** Der Erfolg im Fußball hängt nicht mit der regionalen Wirtschaftskraft zusammen.  
Seite 2

**Betriebsrat.** Nur in jedem siebten Unternehmen ab fünf Mitarbeitern wird ein Betriebsrat gewählt.  
Seite 3

**Bankenprüfung.** Beim künftigen Stresstest werden nicht alle Banken gut abschneiden – das legt der IW-Bankenmonitor nahe.  
Seite 4-5

**Wohnheime.** Die Jugendwohnheime in Deutschland bieten Azubis viele Vorteile.  
Seite 6

**Familienarbeitszeit.** Der Vorschlag, die Arbeitszeit von Eltern zu begrenzen, ist mit einem Fragezeichen zu versehen.  
Seite 7

**Kapazitätsauslastung.** Trotz des jüngsten Anstiegs sind die Kapazitäten in der Industrie noch nicht ganz ausgelastet.  
Seite 8

**Institut der deutschen Wirtschaft Köln**

Präsident:  
Arndt Günter Kirchhoff

Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther

Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

# Geld und Tore

**Bundesligastädte.** Wer im Fußball Titel gewinnen will, braucht herausragende Spieler, einen guten Trainer, solide Vereinsstrukturen, spendable Sponsoren und begeisterungsfähige Fans. Aber beeinflusst auch die regionale Wirtschaftskraft den Erfolg einer Mannschaft?

Rekordmeister, Pokalsieger und Gewinner der Champions League: Bayern München ist nicht nur sportlich die Nummer eins in Deutschland, sondern hat auch die größte Finanzkraft aller Bundesligavereine: Im Geschäftsjahr 2012/13 betrug der Umsatz 394 Millionen Euro und der Gewinn belief sich auf 14 Millionen Euro.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat nun untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskraft der Städte, gemessen anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner sowie der Arbeitslosenquote, und dem sportlichen Erfolg ihrer Bundesligaclubs gibt (Grafik). Das Ergebnis: Setzt man die Wirtschaftskraft der 18 Bundesligastädte und die aktuellen Punktestände der Bundesligamannschaften in Relation, ergibt sich ein Korrelationskoeffizient von 0 – es gibt also keinen signifikanten Zusammenhang. Denn bei einem Korrelationskoeffizienten von 0 hängen die beiden Merkmale gar nicht voneinander ab, bei 1 wäre es eine perfekt positive Wechselbeziehung. In der Bundesliga ist es eher umgekehrt:

**Ungeachtet der ökonomischen Stärke von München und Wolfsburg geht ein Spitzenplatz in der Liga eher**



## BIP und Ball

Die Bundesligastädte im Vergleich

■ Rang Bundesliga ■ Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro ■ Arbeitslosenquote in Prozent

1	FC Bayern München	4	59.032	3	5,6
2	Borussia Dortmund	14	31.756	17	13,2
3	FC Schalke 04	16	29.156	18	15,6
4	Bayer 04 Leverkusen	11	41.454	13	8,7
5	Borussia Mönchengladbach	17	27.740	15	11,9
6	VfL Wolfsburg	1	109.681	2	5,0
7	1. FSV Mainz 05	6	46.504	6	6,5
8	FC Augsburg	10	42.060	7	6,7
9	Hertha BSC Berlin	15	30.605	15	11,9
10	1899 Hoffenheim	18	25.532	1	4,6
11	Hannover 96	12	37.455	12	8,6
12	Eintracht Frankfurt	2	82.010	9	7,5
13	SV Werder Bremen	9	42.680	14	10,3
14	SC Freiburg	8	42.797	5	6,2
15	VfB Stuttgart	3	64.371	4	5,8
16	Hamburger SV	5	54.585	10	7,9
17	1. FC Nürnberg	7	46.260	11	8,1
18	Eintracht Braunschweig	13	37.288	8	7,2

Rang Bundesliga: Stand 24.3.2014, 26. Spieltag; Bruttoinlandsprodukt je Einwohner: Stand 2011; Arbeitslosenquote: Stand Februar 2014; FC Schalke 04: Gelsenkirchen; 1899 Hoffenheim: Sinsheim, Rhein-Neckar-Kreis; Ursprungsdaten: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Bundesagentur für Arbeit, Bundesliga.de, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw13 - Foto: stockphoto-graf - Fotolia.de

**mit einem schwächeren Rang beim BIP je Einwohner einher.**

An dieser Tendenz ändert sich auch dann nichts, wenn man nicht das BIP je Einwohner, sondern die gesamte Wirtschaftskraft einer Stadt berücksichtigt – denn viele wirtschaftliche Schwergewichte wie Hamburg, Frankfurt oder Stuttgart finden sich eher im Tabellenkeller.

Einen dicken Strich durch die ökonomische Rechnung macht auch Nordrhein-Westfalen: Im prosperierenden Rheinland ist nur Bayer Leverkusen erstklassig, während das

wirtschaftlich schwächelnde Ruhrgebiet mit Dortmund und Schalke gleich zwei Bayernverfolger stellt. Die Ruhrgebietsclubs zeigen zudem ein Kuriosum:

**Vereine in Städten mit hoher Arbeitslosigkeit sind tendenziell erfolgreicher.**

Wer darin jedoch einen Beleg dafür sieht, dass Fußball von jeher ein typischer Sport für Arbeiter(-städte) ist, der irrt: In seiner Anfangszeit im 19. Jahrhundert war Fußball eher ein Sport für Reiche – Arbeiter hatten weder Geld noch Zeit dafür.



# Geschätztes Gremium

**Betriebsrat.** Nur in rund jedem siebten deutschen Unternehmen ab fünf Mitarbeitern machen die Beschäftigten von ihrem Recht Gebrauch, einen Betriebsrat zu wählen. In großen Unternehmen ist dieses Gremium oder eine andere Interessenvertretung allerdings die Regel. Und wo Betriebsratswahlen stattfinden, ist die Beteiligung der Belegschaft meist sehr hoch.

Der Aufruf erfolgt alle vier Jahre, und seit dem 1. März 2014 ist es wieder so weit: Bis zum 31. Mai können mehr als 26 Millionen Beschäftigte in knapp 700.000 Betrieben mit fünf oder mehr Arbeitnehmern darüber entscheiden, ob ein Betriebsrat ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber vertreten soll (Kasten) – und wenn ja, welche Kollegen das übernehmen sollen.

Das Prozedere regelt die auf der Basis des Betriebsverfassungsgesetzes erlassene „Wahlordnung 2001“. Demnach ist zunächst ein Wahlvorstand zu bilden. Er wird vom bestehenden Betriebsrat bestellt oder – wo dieser nicht existiert – auf einer Betriebsversammlung gewählt, zu der drei Arbeitnehmer oder eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft einladen. Kommt auf diesen Wegen kein Wahlvorstand zustande, können drei Arbeitnehmer oder eine Gewerkschaft beim Arbeitsgericht beantragen, einen Wahlvorstand einzurichten.

Dieses Gremium erstellt dann die Wählerlisten, sammelt, prüft und veröffentlicht die Wahlvorschläge, organisiert die Stimmabgabe sowie die anschließende Auszählung und gibt das Ergebnis bekannt.

Doch so ausgefeilt dieses Wahlverfahren auch ist – in vielen Firmen kommt es gar nicht dazu (Grafik):

**Laut IW-Personalpanel gab es Anfang 2013 nur in 14 Prozent aller Unternehmen ab fünf Mitarbeitern einen Betriebsrat.**

Lediglich von den Firmen ab 250 Beschäftigten hat deutlich mehr als die Hälfte ein solches Gremium.

Allerdings müssen die Arbeitnehmer dort, wo kein Betriebsrat existiert, nicht auf eine Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Unternehmensleitung verzichten. Alternativ können zum Beispiel Mitarbeiterausschüsse oder Belegschaftssprecher gewählt werden.

Wo jedoch ein Betriebsrat zur Wahl steht, ist die Resonanz groß: Im Jahr 2010 lag die Wahlbeteiligung durchschnittlich bei fast 80 Prozent. Zudem sind die Arbeitnehmer mit der Arbeit ihrer Vertreter offenbar zufrieden:

**Mehr als zwei Drittel der im Jahr 2010 gewählten Betriebsratsmitglieder waren dieselben wie in der vorangegangenen Amtsperiode, sind also wiedergewählt worden.**

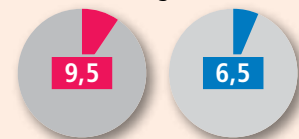
Die Arbeitgeber beurteilen den Betriebsrat ebenfalls positiv – als Partner, mit dem sich Probleme im

## Betriebsräte: Eine Frage der Firmengröße

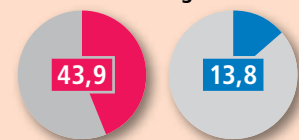
So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland haben ...

- ... einen Betriebsrat
- ... eine andere Interessenvertretung

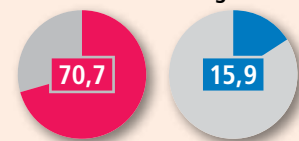
### 5 bis 49 Beschäftigte



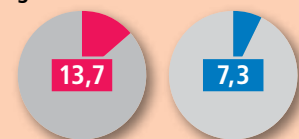
### 50 bis 249 Beschäftigte



### 250 und mehr Beschäftigte



### Insgesamt



Befragung von 1.350 Unternehmen im Winter 2012/2013  
Unternehmen: mit fünf und mehr Beschäftigten  
Andere Interessenvertretung: zum Beispiel Mitarbeiterausschüsse oder Belegschaftssprecher  
Quelle: IW-Personalpanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln


© 2014 IW Medien - Iwd 13

Sinne des Unternehmens lösen lassen. Nur 3 Prozent der Firmenchefs sagen, der Betriebsrat würde sich der Kooperation verweigern.

## Die Rechte des Betriebsrats

Der Betriebsrat ist an vielen betrieblichen Prozessen beteiligt: In sozialen Angelegenheiten – etwa wenn es um Arbeitszeitregelungen geht – muss der Arbeitgeber die Zustimmung des Betriebsrats einholen. Bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen und -abläufen muss das Unternehmen sich im Planungsstadium mit dem Betriebsrat beraten. Wenn die Vorhaben die Arbeitnehmer besonders belasten würden, ist sogar die Zustimmung des Betriebsrats erforderlich. Auch bei personellen Angelegenheiten wie Einstellungen oder Kündigungen wirkt der Betriebsrat mit – wobei seine Rechte je nach Sachverhalt unterschiedlich weit reichen.

# Zwischen Hoffen und Banken

**Bankenprüfung.** Bevor die Europäische Zentralbank im November die Aufsicht über die 128 größten Banken des Euroraums übernimmt, unterzieht sie die Institute einem Stresstest. Das Ergebnis wird von den Finanzmärkten mit Hochspannung erwartet – deshalb hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) die veröffentlichten Finanzkennzahlen dieser systemrelevanten Banken schon vorab unter die Lupe genommen. 

Der nächste Versuch – und dieses Mal sollte er klappen. Denn der letzte Stresstest im Jahr 2011 ging

ordentlich daneben: Damals durchleuchtete die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) 90 Banken

in 21 Ländern und attestierte den meisten, dass bei ihnen alles in Ordnung sei. Darunter waren auch der belgisch-französische Bankkonzern Dexia, Zyperns zweitgrößte Bank Laiki und die spanische Bankia – allesamt Geldhäuser, die kurz danach in große Schwierigkeiten gerieten. Seitdem hat die EBA einiges an Reputation eingebüßt.

Dieses Mal hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Hut auf. Überprüft werden die 128 größten und systemrelevanten Banken in der Eurozone, darunter 24 deutsche. Was Öffentlichkeit und Medien meist als Stresstest bezeichnen, ist in Wahrheit ein dreistufiger Prozess, bei dem der Stresstest nur die letzte Stufe bildet:

**1. Risikobewertung.** Zunächst prüft die EZB die Risiken in den Bilanzen, es geht also um die Liquidität sowie um die Verschuldung und Refinanzierung der Banken.

**2. Prüfung der Vermögenswerte.** Der zweite Schritt besteht darin, dass die EZB die Qualität der vergebenen Kredite sowie anderer Aktiva bewertet. So sollen faule Kredite ausfindig gemacht und es soll überprüft werden, ob eine Bank entsprechende Rückstellungen gebildet hat.

**3. Stresstest.** Den Abschluss bildet der sogenannte Stresstest. Mit ihm wird analysiert, wie eine Bank auf bestimmte Krisenszenarien reagiert – zum Beispiel darauf, dass irgendwo eine Immobilienblase platzt oder eine andere große Bank zusammenbricht.

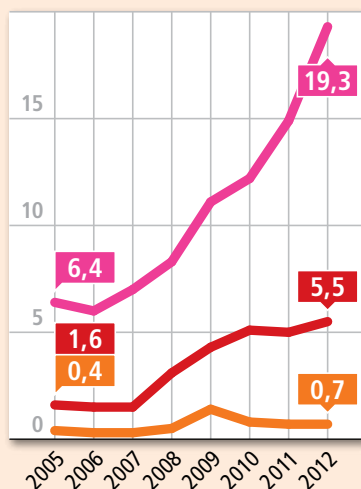
Alle drei Stufen sollen bis November 2014 abgeschlossen sein, denn dann übernimmt die EZB offiziell

## Notleidende Bankkredite

Als notleidend gilt ein Kredit, wenn Zins- oder Tilgungszahlungen mehr als 90 Tage in Verzug geraten.

Notleidende Kredite in den Bilanzen der größten und systemrelevanten Banken im Euroraum in Prozent der vergebenen Kredite

- 5 Prozent der Banken hatten einen Anteil von bis zu ... Prozent, bei 95 Prozent der Banken waren es mehr
- 50 Prozent der Banken hatten einen Anteil von bis zu ... Prozent, bei 50 Prozent der Banken waren es mehr
- 95 Prozent der Banken hatten einen Anteil von bis zu ... Prozent, bei 5 Prozent der Banken waren es mehr



Größte und systemrelevante Banken: Insgesamt gibt es im Euroraum 128 dieser Banken, da aber nicht alle Institute die – freiwilligen – Angaben gemacht haben, schwankt die Zahl der hier untersuchten Banken zwischen 40 (2005) und 66 (2012)

Ursprungsdaten: Bloomberg

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

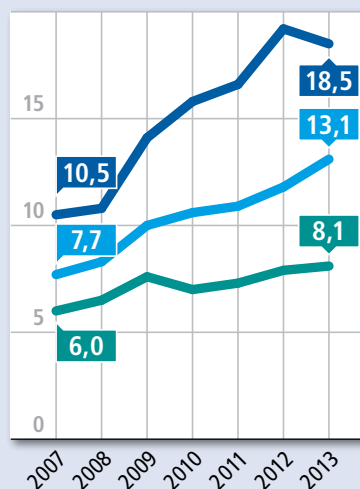
© 2014 IW Medien · Iwd 13

## Eigenkapital: Robustere Banken

Ab 2015 müssen die Banken im Euroraum eine Kernkapitalquote von mindestens 6 Prozent ihrer risikogewichteten Aktiva erfüllen. Das Kernkapital umfasst gezeichnetes Kapital und Rücklagen.


Kernkapitalquoten der größten und systemrelevanten Banken im Euroraum in Prozent der risikogewichteten Aktiva

- 95 Prozent der Banken haben eine Kernkapitalquote von mindestens ... Prozent, bei 5 Prozent der Banken waren es weniger
- 50 Prozent der Banken haben eine Kernkapitalquote von mindestens ... Prozent, bei 50 Prozent der Banken waren es weniger
- 5 Prozent der Banken haben eine Kernkapitalquote von mindestens ... Prozent, bei 95 Prozent der Banken waren es weniger



Risikogewichtete Aktiva: Die Kredite und andere Anlageformen der Banken haben unterschiedliche Risikoprofile – diese richten sich vor allem nach dem Rating des Kreditnehmers; größte und systemrelevante Banken: Insgesamt gibt es im Euroraum 128 dieser Banken, da aber nicht alle Institute quartalsweise Angaben machen, schwankt die Zahl der hier untersuchten Banken zwischen 49 (2007) und 52 (2013); 2007 bis 2012: jeweils 4. Quartal, 2013: 3. Quartal

Ursprungsdaten: Bloomberg

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · Iwd 13

die Aufsicht über die Banken. Was die Währungshüter konkret herausfinden werden, bleibt abzuwarten.

Doch schon heute scheint sicher, dass längst nicht alle Banken ungeschoren davonkommen. Das zumindest legt der neue IW-Bankenmonitor nahe, mit dem die Wissenschaftler des IW Köln die veröffentlichten Bilanzkennzahlen der Banken überprüft haben. Demnach haben zwar die meisten der Geldhäuser, deren Daten ausgewertet werden konnten, keine Leichen im Keller. Bei einigen aber gibt es durchaus Grund zur Sorge.

**Die untersuchten Banken im Euro-raum haben in ihren Bilanzen insgesamt 876 Milliarden Euro an notleidenden Krediten – also Kredite, bei denen Zins- oder Tilgungszahlungen mehr als 90 Tage in Verzug sind.**

Erschreckend dabei ist, dass sich die Situation gerade bei jenen Banken noch verschlimmert hat, die schon seit Jahren einen sehr hohen Anteil an diesen faulen Krediten haben (Grafik Seite 4 links):

**Im Finanzkrisenjahr 2008 hatten 5 Prozent der Banken gut 8 Prozent an notleidenden Krediten in ihren Büchern – 2012 waren über 19 Prozent ihrer Kredite faul.**

Je nachdem, wo man den Nagel einschlägt, ergeben sich verschiedene Klumpenrisiken:

- 40 Prozent der gefährdeten Kredite entfallen auf 25 Prozent der Banken.

- 1 Prozent der Banken haben mindestens 38 Prozent faule Kredite in ihren jeweiligen Bilanzen.

Zu den Sorgenkindern gehören vor allem Banken in den Krisenländern Griechenland, Irland, Italien, Spanien und Zypern. Das ist zwar nicht überraschend, gibt aber dennoch zu denken. Denn diese Länder haben ohnehin genug Sorgen mit ihrer teils schwer angeschlagenen Wirtschaft, eine zusätzliche Bankenrettung könnten sie kaum stemmen. Doch die maroden Geldhäuser einfach abzuwickeln, ist auch keine Option – dazu sind sie zu groß, spricht: systemrelevant.

Wesentlich verbessert hat sich dagegen die Eigenkapitalausstattung der europäischen Banken. Ab 2015 müssen sie eine Kernkapitalquote (gezeichnetes Kapital und Rücklagen bezogen auf die Aktiva) von mindestens 6 Prozent erfüllen – das schaffen die meisten schon heute (Grafik Seite 4 rechts):

**Im dritten Quartal 2013 konnten 95 Prozent der untersuchten Banken eine Kernkapitalquote von mindestens 8 Prozent vorweisen.**

Der IW-Bankenmonitor zeigt, dass die Branche noch längst nicht alle Hausaufgaben gemacht hat. Vor

allem die Profitabilität lässt zu wünschen übrig. In den Jahren 2011 und 2012 schrieb ein Drittel der untersuchten Banken Verluste. Die Gefahr dabei ist, dass Banken, die mit ihrem Kerngeschäft keine Gewinne erzielen, sich eher in riskanten Papieren engagieren. Um das Finanzsystem stabiler zu machen, ist es deshalb wichtig, dass die Banken auch mit risikoarmen Geschäften wieder Geld verdienen können.

Damit die Bankenprüfung nicht zum Desaster gerät, muss die EZB bereits im Vorfeld unmissverständlich klarmachen, wie sie mit jenen Banken umgehen will, die den Stress-test nicht bestehen. Denn haben die EZB-Kontrolleure keine Lösungen parat, könnte das einen bekannten Teufelskreis in Gang setzen: Die Märkte verlieren das Vertrauen in die Banken der Krisenländer und ziehen von heute auf morgen ihre Gelder ab. Eine solche Kapitalflucht würde die ohnehin zaghafte Erholung in diesen Ländern wieder zunichtemachen.



aus IW-Trends  
1/2014

Markus Demary: IW-Bankenmonitor – Bringt die Bankenprüfung der Europäischen Zentralbank das Vertrauen in die Eurozone zurück?  
[iwkoeln.de/bankenmonitor](http://iwkoeln.de/bankenmonitor)

## Wissenschaftspreis Bürokratie

Hilft sie oder hemmt sie? Bürokratie kann dafür sorgen, dass Gesellschaften und Organisationen sinnvollen Regeln folgen. Sie kann aber auch Freiheits- und Handlungsspielräume über Gebühr einschränken. Forscher, die sich mit dem Einfluss und der Funktionsweise von Bürokratien beschäftigen, können sich noch bis Ende des Jahres 2014 für den „Wissenschaftspreis

Bürokratie“ bewerben, den der Gründungsdirektor des IW Köln, Dr. habil. Fritz Hellwig, ausgeschrieben hat. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis wird für fundierte Monografien und Publikationen vergeben, die in den vergangenen drei Jahren in renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften erschienen sind. Die Preisverleihung findet im Frühjahr 2015 statt.

Weitere Informationen:

**Dr. Rolf Kroker, Leiter des Wissenschaftsbereichs Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik im IW Köln,**  
Telefon: 0221 4981-750,  
E-Mail: [Wissenschaftspreis-Bürokratie@iwkoeln.de](mailto:Wissenschaftspreis-Bürokratie@iwkoeln.de)  
oder unter:  
[iwkoeln.de/buerokratiepreis](http://iwkoeln.de/buerokratiepreis)

# Abschied vom Hotel Mama

**Wohnheime.** In Deutschland gibt es mehr als 550 Jugendwohnheime mit insgesamt 60.000 Plätzen für Auszubildende. Träger der Einrichtungen sind vor allem Kirchen und die Wirtschaft.

Viele Jugendliche absolvieren ihre Ausbildung fernab der Heimat und müssen dafür das Hotel Mama verlassen. Allein 2012 wechselten fast 86.000 junge Leute oder 6 Prozent aller Auszubildenden für ihre Lehre das Bundesland (Grafik). Zudem machten sich rund 1.300 junge EU-Bürger auf den Weg nach Deutschland, um hier eine duale Berufsausbildung zu absolvieren.

**Von Januar bis September 2013 kamen allein im Rahmen des Programms MobiPro-EU fast 1.000 junge Spanier ins Land, um eine Lehre zu starten.**

Für die mobilen Azubis sind Jugendwohnheime eine ideale Anlauf-

stelle. Sie wohnen hier nicht nur günstig – darüber hinaus werden die jungen Leute auch sozialpädagogisch betreut. In den Wohnheimen lernen die Jugendlichen außerdem, eigenständig zu sein, sie finden Freunde und knüpfen erste berufliche Netzwerke.

Für junge Ausländer bietet ein Wohnheim den Vorteil, dass sie dort im Miteinander schneller Deutsch lernen und etwas von der Kultur ihrer neuen Heimat mitbekommen.

Eine weitere Bewohnergruppe der Heime sind Auszubildende, deren Berufsschulunterricht in Blöcken fernab vom Ausbildungsort stattfindet, sowie Jugendliche, die längere Phasen ihrer schulischen Berufsausbildung auswärts absolvieren. So lernen beispielsweise alle angehenden Hörgeräteakustiker ihr Handwerk an einer Berufsschule in Lübeck und die Fachkräfte für Süß-

warentechnik werden allesamt in Solingen ausgebildet.

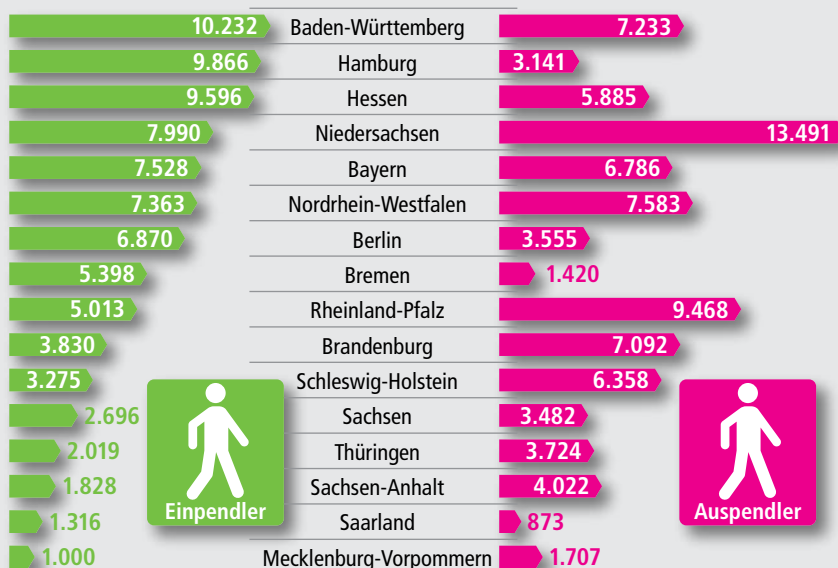
Auch viele benachteiligte junge Menschen in Übergangsmaßnahmen wie dem Berufsvorbereitungs- oder dem Berufseinstiegsjahr sind in den Wohnheimen zu Hause.

Die dortige intensive Betreuung zahlt sich offenbar aus:

- Während nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung rund 20 Prozent aller Azubis ihre Ausbildung ohne Abschluss beenden, beträgt dem Landes-Caritasverband Bayern zufolge die Abbrecherquote der Wohnheimnutzer nur 5 Prozent.
- Von den ausländischen Auszubildenden gaben laut einer Umfrage des Projekts „leben. lernen. chancen nutzen.“ 54 Prozent an, sich nur wegen des Wohnheimplatzes für den Ausbildungsplatz entschieden zu haben. Zudem hätte jeder Dritte ohne die sozialpädagogische Unterstützung seine Ausbildung abgebrochen. Der Erhalt und weitere Ausbau der Jugendwohnheime wäre schon von daher wünschenswert.

## Mobile Azubis

Im Jahr 2012 pendelten 85.820 Auszubildende in ein anderes Bundesland



Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iw-d 13

## Träger und Financiers

Die Jugendwohnheime sind zu 39 Prozent in der Hand konfessioneller Träger, 19 Prozent werden von Kammern, Innungen und Betrieben gemanagt. Landkreise, Schulverwaltungsämter und andere öffentliche Träger kommen auf einen Anteil von 14 Prozent. Finanziert werden die Wohnheimplätze zu einem Viertel aus Reha-Mitteln, zu 19 Prozent von Selbstzahlern und zu 14 Prozent von Kammern, Innungen und Betrieben. Quelle: Verband der Kolpinghäuser (Hrsg.): Abschlussbericht Jugendwohnen in Deutschland

# Konsequenzen beachten

**Familienarbeitszeit.** Die Familienministerin will Eltern dazu bewegen, weniger zu arbeiten. Doch die vorgeschlagene Begrenzung der Regelarbeitszeit auf 32 Stunden pro Woche für berufstätige Eltern ist mit einem dicken Fragezeichen zu versehen.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat nochmals deutlich gemacht, sie wolle weiter am Thema Familienarbeitszeit drangleiben und Eltern generell die Möglichkeit einräumen, auf eine 32-Stunden-Woche zu gehen. Den Lohnausfall will sie aus Steuern finanzieren.

Abgesehen von den fiskalischen Kosten stellen auch arbeitsmarktpolitische und volkswirtschaftliche Erwägungen diesen Vorstoß infrage. Denn es geht um eine recht große Gruppe von Arbeitnehmern. So stellen Eltern mit Kindern bis 16 Jahre rund 30 Prozent der Erwerbstätigen (Grafik). Eltern mit bis zu dreijährigen Kindern machen noch knapp 7 Prozent aller Berufstätigen aus.

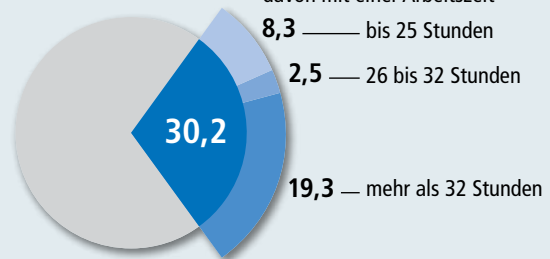
Würde man die Arbeitszeit aller Eltern mit Kleinkindern, die bisher mehr als 32 Stunden pro Woche arbeiten, auf maximal 32 Stunden begrenzen, fehlten pro Jahr rechnerisch rund 590 Millionen Arbeitsstunden – das entspricht 360.000 Vollzeitarbeitsplätzen.

**Unterstellt man, dass die betreffenden Eltern eine durchschnittliche Produktivität aufweisen, ergäbe sich ein Produktionsausfall von 27 Milliarden Euro.**

Noch weit größer wäre der Effekt, wenn alle Eltern mit Kindern bis 16 Jahre ihre Arbeitszeit auf höchstens 32 Stunden herunterschrauben. In

## Wie lange Eltern arbeiten

Erwerbstätige mit Kindern bis 16 Jahre in Prozent aller Erwerbstätigen



So viel Prozent der berufstätigen Eltern sagen ... (Mehrfachnennungen)

Länge und Lage der Arbeitszeit (am Tag, in der Woche) entsprechen den eigenen Wünschen	85
Die Führungskraft unterstützt mich bei der Umsetzung meiner Teilzeitwünsche	83
Lage und Verteilung der Arbeitszeit kann in Absprache mit der Führungskraft verändert werden	78
Teilzeitbeschäftigung hat mein berufliches Fortkommen nicht beeinträchtigt	62

Stand: 2013; Ursprungsdaten: Bundesfamilienministerium, Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwed 13

diesem Fall würden 1,5 Millionen Vollzeit Arbeitnehmer fehlen, die jährlich Güter und Dienstleistungen im Wert von rund 110 Milliarden Euro produzieren.

Es ist unsicher, ob durch den Vorschlag berufstätige Mütter oder Väter, die bislang weniger als 32 Stunden pro Woche arbeiten, motiviert würden, ihre Arbeitszeit auszuweiten. Nur wenn die Reduzierung der Arbeitsstunden bei einem von beiden durch eine Ausweitung beim anderen kompensiert würde, bliebe das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen unverändert. Eine Begrenzung auf 32 Stunden könnte in den Bereichen problematisch sein, in denen Eltern mit Kleinkindern in Engpassberufen arbeiten.

Eine gesetzliche Förderung eines bestimmten Arbeitszeitmodells für berufstätige Eltern ist aber noch aus einem anderen Grund unnötig: Arbeitsfreie Nachmittage oder eine Reduzierung der Arbeitszeit zur Be-

treuung von Kindern – aber auch zur Pflege von Angehörigen – sind in vielen Unternehmen längst gang und gäbe (vgl. iwD 31/2013).

**Drei von vier Betrieben erlauben zum Beispiel individuell festgelegte Arbeitszeitmodelle, sodass sich familiäre und berufliche Verpflichtungen miteinander vereinbaren lassen.**

Demzufolge ist es auch kein Wunder, dass nach einer Befragung des Familienministeriums im Jahr 2013 rund 85 Prozent der berufstätigen Eltern mit ihren Arbeitszeiten zufrieden waren. Acht von zehn Befragten konnten die Lage und Verteilung der Arbeitszeit nach Absprache mit ihrer Führungskraft verändern. Wenn eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter einen Teilzeitwunsch äußerte, wurde das ebenfalls in acht von zehn Fällen vom Chef unterstützt. Eine deutliche Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten sieht sich auch nicht in ihrem beruflichen Fortkommen beeinträchtigt.

# Nur langsam besser

**Kapazitätsauslastung.** Nach dem schwachen Wachstum von 0,4 Prozent im Jahr 2013 wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr einen Gang höherschalten. Darauf deutet auch die steigende Auslastung der Kapazitäten in der Industrie hin. Auf einen echten Konjunkturboom lassen die Zahlen allerdings nicht hoffen.

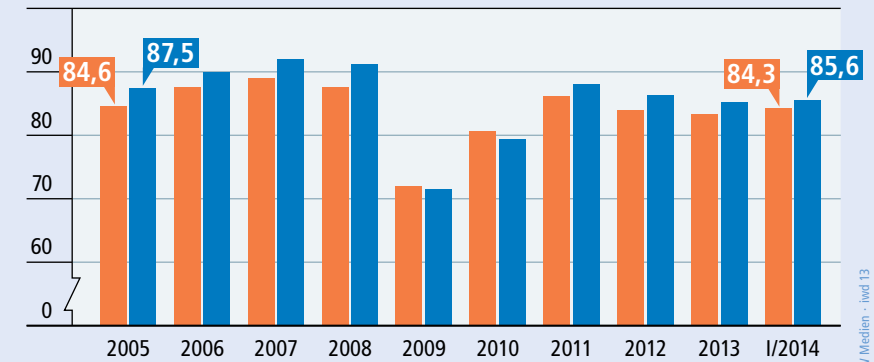
Wie gut die Fertigungskapazitäten der deutschen Industrie ausgelastet sind, ermitteln die Forscher vom Münchner ifo Institut jedes Quartal in einer Unternehmensbefragung. Die Ergebnisse zeigen, dass während der Rezession von 2009 viele Anlagen stillstanden oder nur zeitweise liefen, der Auslastungsgrad danach aber schnell wieder anstieg. Nach einem weiteren Zwischentief Ende 2012 ist nun erneut ein leichter Aufwärtstrend zu sehen (Grafik):

**Im ersten Quartal 2014 waren die Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe zu 84,3 Prozent ausgelastet –**

## Kapazitäten noch nicht ganz ausgelastet

Kapazitätsausnutzung in Prozent der betriebsüblichen Vollausschüttung

■ Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ■ Hersteller von Investitionsgütern



Verarbeitendes Gewerbe: ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie  
Ursprungsdaten: ifo Institut

ifo Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 13

**gegenüber 82,1 Prozent im vierten Quartal 2012.**

Dieser Trend ist auch in den einzelnen Teilbereichen der Industrie zu beobachten. So hat sich die – generell leicht überdurchschnittliche – Kapazitätsauslastung der Hersteller von Investitionsgütern wie Maschinen und Fahrzeugen von 84 Prozent Ende 2012 auf 85,6 Prozent erhöht. Bei den Produzenten von Vorleistungsgütern, zu denen vor allem die Chemiefirmen und die Autozulieferer zählen, stieg der Auslastungsgrad von 80,8 auf 83,2 Prozent.

Im Konsumgüterbereich – allerdings ohne Nahrungs- und Genussmittel – waren die Ausschläge in den vergangenen Jahren geringer, doch auch hier steht seit Ende 2012 ein Plus von knapp 2 Prozentpunkten

zu Buche. Aktuell liegt der Auslastungsgrad bei 79,8 Prozent und damit im langjährigen Durchschnitt.

Trotzdem laufen die Produktionsanlagen in der Industrie noch längst nicht auf so hohen Touren wie zum Beispiel in den Jahren 2006 bis 2008. Besonders im Investitionsgüterbereich ist noch viel Luft nach oben. Hier können die deutschen Firmen allerdings erst dann mit einer deutlich zunehmenden Nachfrage rechnen, wenn auch in den anderen europäischen Ländern die Industrieproduktion wieder stärker steigt und die dortigen Unternehmen vermehrt neue Maschinen sowie andere Investitionsgüter brauchen – was sich im Moment noch nicht abzeichnet.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**iw.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.